

Presseinformation

BUND Kreisgruppe Hildesheim
Scheelenstr. 22
31134 Hildesheim
<http://hildesheim.bund.net/>

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



04.09.2018

Nach Bestätigung durch das Rechtsgutachten BUND fordert Beseitigung nicht Abdeckung der Kalihalden

Die vom Landkreis beauftragten Fachanwaltskanzlei DE WITT bestätigt in ihrer gestern vorgestellten rechtlichen Beurteilung wesentliche, von der BUND Kreisgruppe Hildesheim bereits seit langem vertretene Auffassungen. In einem Schreiben vom 5.6.2018 an den Landrat und das Landesbergamt hatte der BUND u.a. gefordert, die Althaldenproblematik im laufenden Planfeststellungsverfahren zu lösen. Der Fachanwalt de Witt vertritt nun ebenfalls die Auffassung, dass die Althalde in das Verfahren einzubeziehen ist, weil es sonst unvollständig wäre. Bekanntlich verunreinigt die Althalde das Grundwasser. Dies muss gestoppt oder mindestens begrenzt werden. Salzbelastetes Wasser von der Halde wird aber auch in die Innerste eingeleitet. Um die Abwassermengen zu begrenzen, soll die Althalde abgedeckt werden. Dies ist jedoch nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Die der wasserrechtlichen Erlaubnis zugrunde liegenden, reduzierten Einleitmengen sind somit, wie der Gutachter bestätigt, rein fiktiv. Die Genehmigung wäre also im Vertrauen darauf erteilt worden, dass es K+S irgendwann gelingt, eine wirksame Haldenabdeckung zu entwickeln. Mit der bisher üblichen Abdeckung mit Bauschutt und Boden wird es allerdings nicht gelingen, die steile Althalde abzudecken und die im Entwurf der wasserrechtlichen Erlaubnis vorgesehene drastische Minderung der Einleitmengen zu erreichen. Denn es steht weder das Material noch der für die Abdeckung benötigte Raum rund um die Halde zur Verfügung. Dies erst recht nicht, wenn dort das neue Werk entstanden ist.

Die Abdeckung von Kalihalden ist nach Auffassung des BUND generell nicht die Lösung der Rückstandsproblematik sondern vergrößert diese noch.

Die meterdicken Aufschüttungen von Bauschutt und anderen mineralischen Abfällen bringen dem K+S Konzern zwar zusätzliche Einnahmen, beanspruchen aber auch sehr viel Fläche und stoppen vor Allem nicht die Versalzung der Gewässer. Denn die Abdeckungen sind nicht „wasserdicht“, so dass der darunter liegende Salzberg weiterhin von Regenwasser gelöst wird, das anschließend in die Gewässer gelangt.

Der BUND empfiehlt daher, die Halden nicht dauerhaft abzudecken, sondern zu beseitigen, indem die Restsalze wieder in den Berg zurückgebracht oder verwertet werden.

Die Produktion von Kalidünger ohne oberirdische Rückstände ist anderenorts möglich. Wie von der K+S AG vorgelegte Unterlagen zeigen, könnten in Giesen in einem ersten Schritt immerhin drei Viertel der neuen Halde wieder zurück in das Bergwerk befördert werden. Dazu müssten nicht nur die Abbauhohlräume sondern sämtliche unter Tage entstehenden Hohlräume verfüllt werden. Nach von K+S vorgelegten Berechnungen würde dies die Gesteungskosten um lediglich 2 % erhöhen. Dennoch wurde diese Alternative als wirtschaftlich unzumutbar verworfen. Warum aber soll es der Kali-Konzern nicht eine einmalige Kostensteigerung von 2 % verkraften können, wenn doch allein schon inflationsbedingt die Preise und Kosten jährlich um diesen Prozentsatz steigen und wenn dadurch die Halde auf ein Viertel des geplanten Volumens verkleinert werden kann? Der bereits unter Tage vorhandene Hohlraum ist übrigens in diese Berechnung noch nicht eingeflossen.

Die verbleibende Salzmenge müsste durch Verkauf als Industrie-, Tau- oder Speisesalz auch noch zum Verschwinden gebracht werden. Anders wäre das Ziel der EU Wasserrahmenrichtlinie, den

guten ökologischen und chemischen Zustand von Oberflächengewässern und Grundwasser bis spätestens 2027 herzustellen, wohl kaum zu erreichen.

Wir fordern die Genehmigungsbehörden daher auf, die Kritik des Gutachters zu berücksichtigen, die offenen Fragen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu klären und hoffen, dass dabei die Positionen des BUND zukünftig stärker beachtet werden.

Pressekontakt BUND Kreisgruppe Hildesheim:

Matthias Köhler
Vorsitzender BUND Kreisgruppe Hildesheim
Scheelenstr. 22, 31134 Hildesheim
Tel. 05121 157 274 oder 0173-7091479
matthias.koehler@htp-tel.de
<http://hildesheim.bund.net/>

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit mehr als 500.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern einer der großen Umweltverbände Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.